

MiB

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 3 am 15. März 2011



Dresden, 19. Februar 2011: Naziaufmarsch verhindert!

Kein Ja zum Haushaltsplanentwurf 2011 möglich

Im Unterschied zu den vergangenen Jahren konnte die Fraktion DIE LINKE dem Haushaltsplanentwurf 2011 nicht zustimmen.

Vor allem die unsoziale und mittelstandsfeindliche Anhebung des Grundsteuerhebesatzes hat uns dazu bewogen.

Wir haben auch unter schwierigen Bedingungen alternative Ansätze dafür aufgezeigt. So hat Finanzbürgermeister Bonew (CDU) aus unserer Sicht sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabeseite des Haushaltes Geld geparkt. Deshalb haben wir die Einstellung realistischer Ansätze bei den Einnahmen aus der Gewerbe- und Einkommensteuer in den Haushaltsplan gefordert. Das hätte die Grundsteuererhöhung überflüssig gemacht. Doch eine große Mehrheit im Stadtrat bete-

te dem Bürgermeister das Unwort des Jahres „alternativlos“ völlig unkritisch nach. Die Leipziger Bürgerinnen und Bürger sowie die kleinen und mittleren Unternehmen werden nun mit der höheren Grundsteuer belastet. Und Bürgermeister Bonew kann gleichzeitig Mehreinnahmen und Minderausgaben am Stadtrat vorbei jonglieren. Wir werden ihm dabei allerdings genau auf die Finger schauen und auch darauf klopfen, wenn es notwendig wird.

Darüber hinaus ist es völlig offen, welche Auswirkungen der geplante Beteiligungsverkauf von HLKomm und perdata tatsächlich auf den Haushalt hat. Die von Bürgermeister Bonew herbeigezauberte Drohkulisse – Verkauf oder Kitaschließungen – verfehlte völlig das Thema. Wir bekämpfen diese Verkäufe mit gutem Grund.

Dennoch lehnten wir den Haushaltsplanentwurf bis auf wenige Ausnahmen nicht ab. Zum einen konnten wir Anträge auf wesentlichen Politikfeldern durchsetzen. Das betraf vor allem solche im sozialen Bereich, wie zusätzliche Mittel für Sozialverbände, Selbsthilfegruppen und freie Träger der Jugendhilfe. Im Kulturbereich konnten wir Mittel für den ANKER, die VILLA oder die Förderung des Lokalradios „Radio Blau“ einstellen. Gegen eine Ablehnung sprachen auch erfolgreiche Anträge für Städtebauförderung, Quartiersmanagement und Umweltschutzmaßnahmen.

Darüber hinaus ist die Differenz unserer Positionen zum Haushaltsentwurf mit circa 20 Millionen Euro bei einem Gesamtumfang von 1,4 Milliarden Euro nicht so gravierend, dass sie eine Ablehnung gerechtfertigt hätte.

Und zum dritten ist es für uns auch eine Frage der Verlässlichkeit und Redlichkeit, einen Haushalt nicht grundsätzlich abzulehnen, wenn wir Teile bejahen, die im Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger liegen – ich denke dabei vor allem an den Erhalt des Sozialtickets, das für die nächsten Jahre gesichert ist.

Die Fraktion DIE LINKE bleibt sozial, solide und nachhaltig – und berechenbar.



Dr. Ilse Lauter

Eine Tradition, die über Grenzen geht!

Das antifaschistische Riesengebirgstreffen am Samstag, den 27. August 2011 wird wieder zu einem Bekenntnis des gemeinsamen Kampfes deutscher und tschechischer Menschen werden. Sie vereinen sich am Fuße der Schneekoppe zum Protest gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen die Verletzung der Menschenwürde und gegen die Ausbreitung der faschistischen Gefahr. Die internationale Solidarität hat die Teilnehmer der bisherigen Treffen eng verbunden in ihrem Bemühen, gemeinsam gegen Sozialabbau, die Einschränkung der politischen Freiheiten und gegen die Beteiligung an Kriegen in der Welt, zu kämpfen.

Am 27. August um 10:00 Uhr diesen Jahres wird erneut eine gemeinsame Kundgebung in Mala Upa stattfinden. Anschließend ist Gelegenheit zu einer geführten Wanderung zur Schneekoppe oder zur Fahrt mit der Kabinenbahn die 1.602 Meter hoch.

Am gleichen Tag findet abends im Hotel Patria in Trutnow ein Freundschaftstreffen mit dem Kreisvorsitzenden der KPC Genossen Ondracek (Mitglied des ZK) und ein Kulturprogramm statt.

Es ist kein Traditionstreffen wie es die „Rechten“ durchführen, wo faschisti-

sche Generäle geehrt oder eines wo Grafen und Fürsten verherrlicht werden. Hier geht es um den proletarischen Internationalismus und die internationale Verbundenheit und Solidarität.

Deshalb sind alle Gleichgesinnten aufgerufen sich an diesem antifaschistischen Riesengebirgstreffen zu beteiligen.

Für die Teilnehmer, die mit dem PKW anreisen möchten, besteht die Möglichkeit über den Leiter der Initiativgruppe Mala Upa, Gen. Gerd Hommel (Tel.: 0351 2882128) in Trutnow preisgünstig Übernachtungsmöglichkeiten zu erhalten.

Traditionstreffen und Kurzurlaub!

All jene, denen internationale Zusammenarbeit noch etwas bedeutet und denen das Riesengebirge mit seiner schönen Natur Grund genug ist, im August mit dem linken Reisebüro TUK eine Reise zu buchen, sind hiermit angesprochen.

Wie jedes Jahr führt TUK Berlin vom 25. bis 28. August 2011 eine Busreise ins Riesengebirge durch.

Dieses Mal werden am 2. Tag nach der schönen Fahrt im Riesengebirge die historische Stadt Melnik besucht, eine Schlossbesichtigung und eine Weinver-

kostung durchgeführt.

Der 27. August bleibt dem Antifa-Treffen in Mala Upa, dem Aufstieg oder der Fahrt mit der Kabinenbahn auf die Schneekoppe bzw. einer Fahrt in den Kurort Janske Lazne sowie dem Freundschaftstreffen in Trutnow vorbehalten. Ein Tag, der Gleichgesinnten bestimmt schöne Erinnerungen mit tschechischen und anderen Teilnehmern beschert wird.

Am Tag der Heimfahrt wird es eine Rast in einem sorbischen Ort geben. Der Abgeordnete der Sorben im Sächsischen Landtag, Heiko Kosel, kann viel über das Leben dieser nationalen Minderheit berichten.

Die Reise kostet pro Person im Doppelzimmer 275 €, EZ-Zuschlag 24 €. Interessenten melden sich bitte bei TOURIST und KONTAKT INTERNATIONAL, Danziger Straße 168, Berlin, Tel.: 030 4233333, Email: tuk-berlin@derpart.de

Bei Rückfragen zur Reise/Treffen bitte auch Telefon in Leipzig (6883502) anrufen oder in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, melden.

Gerda Uhlig

Von der Linksjugend zur DIE LINKE. Drei Neumitglieder erzählen.

Die Linksjugend Sachsen und die Linksjugend Leipzig praktizieren, was bei politischen Verbänden keineswegs selbstverständlich ist: Sympathisierende, die keine Mitglieder sind, haben fast exakt die gleichen Partizipationsmöglichkeiten wie Mitglieder des Verbandes. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen ist der Beitritt in irgendeine Art von Verband oder Organisa-

tion heute viel weniger selbstverständlich und eine größere Hürde, als es noch vor vielen Jahren war. Das bekommen nicht nur Parteien und Gewerkschaften, sondern eben auch Jugendverbände zu spüren. Unsere Zeit konfrontiert uns mit unzähligen raschen Veränderungen, zahlreichen Themen und schnellen und wechselnden Kommunikationsflüssen. Kein Wunder also,

dass eine feste Bindung im Sinne einer Mitgliedschaft eines vielseitig ausgerichteten politischen Verbandes mittlerweile weitaus weniger selbstverständlich ist. Da ist die Möglichkeit, auch ohne feste Bindung erst einmal gleichberechtigt mitwirken zu können, etwas sehr gutes und sollte fast schon selbstverständlich sein. Zum anderen stellt sich die Frage, warum jemand der aktiv

Sie kamen nicht durch: Dank Euch!

von Rico Gebhardt,
Landesvorsitzender

Der für Samstag den 19. Februar geplante Nazi-Aufmarsch in Dresden konnte auch in diesem Jahr wieder erfolgreich verhindert werden. Viele tausend Menschen blockierten an wichtigen Schlüsselpunkten die Marschrouten der Faschisten.

Ich danke allen, die sich trotz des kalten Wetters so zahlreich an den friedlichen Blockaden beteiligt hatten. Das zeigt, dass Zivilcourage das schaffen kann, wozu sächsische Politik und Dresdner Stadtverwaltung nicht in der Lage waren. Ich freue mich sehr, dass die Dresdnerinnen und Dresdner dabei von so vielen Genossinnen und Genossen aus Sachsen und aus anderen Bundesländern tatkräftig unterstützt wurden.

SEK-Einsatz

Indes am Abend, nach Ende der erfolgrei-

chen Protestaktionen, stürmte plötzlich ein Sondereinsatzkommando (SEK) der Polizei in voller Kampfausrüstung das „Haus der Begegnung“ in Dresden. Dabei wurden sämtliche Türen des Hauses aufgebrochen, eingetreten oder aufgesägt. Betroffen waren u. a. die Dresdner Geschäftsstelle der LINKEN, eine Rechtsanwaltskanzlei, eine Privatwohnung und verschiedene Vereinsräume. Der (mündliche) Vorwurf lautete Verdacht auf Landfriedensbruch und Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Eine schriftliche Durchsuchungsanordnung konnten die Polizisten jedoch nicht vorle-

mitmachen will und Interesse zeigt, ausgeschlossen werden sollte. Das wäre letztlich schade für die Person, aber auch für den Verband.

Zahlreiche Mitglieder und aktive Sympathisierende der Linksjugend Leipzig sind nicht Mitglied in der Partei DIE LINKE, andere dagegen schon. Das ist auch keineswegs schlimm, sondern ganz im Sinne eines parteinahen Jugendverbandes. Denn die Barriere in den Köpfen ist, was den Eintritt in politische Parteien angeht, oft noch viel höher als dies bei Jugendverbänden der Fall ist.

Natürlich ist es aber auch schön, wenn junge Menschen sich auch für die aktive Mitgestaltung unserer Partei interessieren. Dieser Einstieg passiert vor allem in letzter Zeit nicht selten über ein langsames und eher "weiches" Kennenlernen der Partei über den Jugendverband. Damit aber auch die Mitglieder unserer Partei einige der über den Jugendverband zu Partei gekommenen kennenlernen können, wollen wir an dieser Stelle drei neuen Mitgliedern der Partei DIE LINKE die Möglichkeit geben, sich vorzustellen und zu erzählen, wie sie von der Linksjugend zur LINKEN gekommen sind.

Marcus Pechan

(20 Jahre, Leipzig, jobbt und wartet auf Studiumsbeginn)

"Ich bin schon seit dem ich 15 bin politisch aktiv. Zuerst in einigen antifaschistischen



und ökologischen Gruppen. Meine Einstellung gegenüber Parteien war, um es milde auszudrücken, eher schlecht. Trotzdem hat mich die Linksjugend mit ihrem guten und reichhaltigem Angebot gerade zu antifaschistischen und ökologischen Themen

interessiert. Nach längerem Überlegen bin ich dann ihr beigetreten und bin nun schon seit fast 3 Jahren aktiv. Dort habe ich auch zunehmend mitbekommen, dass der parlamentarische Weg gar nicht so schlecht ist, wie er mir zuerst schien, und dass die Partei viele gute und tolle Sachen macht. Um so länger ich aktiv bei der Linksjugend mitgearbeitet habe, um so mehr hab ich auch mit der Partei und ihren Mitgliedern Kontakt gehabt. Dies führte zu einem Umdenken bei mir und ich sah Parteien und Parlamente gar nicht mehr als so schlimm an und freundete mich immer mehr mit der Idee an, in diese Partei ein zu treten. was ich dann auch schließlich im Dezember gemacht habe. "

Nadja Guld (19 Jahre, Leipzig, Ausbildung zur Grafikerin)

"Erst extra in eine Partei eintreten um politisch arbeiten zu können?

So etwas kam für mich eigentlich



nicht in Frage. Doch gerade, dass der Jugendverband der LINKEN keine Unterscheidung zwischen Mitglied und Sympathisanten macht, hatte mich dazu gebracht mich immer mehr in die Arbeit der Linksjugend Leipzig und Stück für Stück die der Linksjugend Sachsen einzufuchsen. Die Inhalte, die sich der Jugendverband annimmt, sind progressiv, der Versuch Transparenz und Partizipation zu erreichen einzigartig. Die angestrebte Redekultur in Plena, Workshops und Diskussionsrunden mit quotierter ErstrednerInnenliste sehr angenehm und dazukommend auch ermutigend für Neuzugänge sich mitteilen zu können.

Nur über den Jugendverband hatte ich Interesse bekommen mich mehr mit den Positionen der Partei DIE LINKE zu beschäf-

tigen, bis ich mir letzten Endes bewusst wurde, dass ich mich nicht diesem Feld der politischen Meinungsbildung verschließen möchte sondern mitmischen will."

Matthias Arnhold

(21 Jahre, Leipzig, ehrenamtlich tätig und wartet auf Studiumsbeginn)

"Parteien? Politik?

Das war mir vor einigen Jahren ziemlich egal. Doch nun bin ich seit 2 Jahren Mitglied der



Linksjugend Leipzig und seit 3 Monaten in der Partei DIE LINKE. Seltsam wie es dazu kam.

Doch nüchtern betrachtet ist es vielleicht nicht so überraschend.

Schon lange hatte ich meine Probleme mit Autoritäten, sei es in der Schule oder im Elternhaus, ich wollte immer selbstbestimmt und frei leben. Doch statt weiter zu rebellieren, gestand ich mir nach und nach meine eigene Ohnmacht ein.

Das legte sich aber recht bald wieder, als ich den Jugendverband kennenlernte. Über Freunde wurden mir Menschen aus der Linksjugend vorgestellt. Ich verbrachte meine ersten Abende in lockerer Atmosphäre und sehr kontroversen, aber vor allem spannenden Diskussionen. Und alles war so extrem locker, offen und freundlich. Dann ging alles sehr schnell. Es folgten mein erstes Jugendplenum, meine erste Kandidatur, meine erste Veranstaltung die ich mit geplant hatte und ich war viel unterwegs zu Vorbereitungstreffen, Parteitagen, Veranstaltungen und Demos.

Inzwischen bestimmt die politische Arbeit einen Großteil meines Lebens und es könnte mir nicht besser gehen. Ohne den Jugendverband wäre es dazu sicher nicht so leicht gekommen, und ich wäre heute nicht derselbe Mensch."

Tilman Loos

gen. Die zum Zeitpunkt der Erstürmung im Haus anwesenden 15 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Diese Personen, darunter teils ältere Genossen, wurden nicht einmal über ihre Rechte belehrt. Das SEK agierte wie ein übermotiviertes Überfallkommando, und das offensichtlich ohne Einsatzleiter. Ein sich als solcher bezeichnender Beamter erschien erst Stunden später auf Forderung eines anwesenden Rechtsanwaltes vor Ort, und seine Erklärungen waren mehr als dürftig. Im Nachhinein stellte sich obendrein heraus, dass sich die Polizisten offenbar in

der Hausnummer irrten. Die richterliche (mündliche) Durchsuchungsanordnung bezog sich auf die Großenhainer Str. 86a, das Haus der Begegnung hat aber die Nr. 93.

Im Ergebnis dieses offenbar völlig fehlgeschlagenen Einsatzes des Landeskriminalamts (LKA) bleiben Fragen offen: War das LKA eventuell Erfüllungsgehilfe des Sächsischen Verfassungsschutzes? War der Einsatz des SEK nach Lage der Dinge wirklich verhältnismäßig? Wer trägt hierfür die Verantwortung?

Diesen völlig überzogen Polizeieinsatz und die dabei angewandten unverhältnismä-

gen Mittel werden wir LINKEN uns nicht gefallen lassen. Darüber wird politisch, parlamentarisch und juristisch noch zu sprechen sein!

In unserem Kampf gegen Neonazis werden wir uns außerdem davon nicht einschüchtern lassen. Aus diesem Grund werden wir, wenn notwendig, auch nächstes Jahr in Dresden auf die Straße gehen und friedlich protestieren - bis endlich Nazi-Aufmärsche in Dresden Geschichte sind!

Überlegungen nach einer Reise

Am 10 Januar dieses Jahres flog ich nach Kairo, nicht ahnend, Zeuge welcher Ereignisse ich sein würde. Ich gehöre zu der Generation von Arabern, die viele politische Rückschläge, Unterdrückung durch despotische Regime, Enttäuschungen erlebte und wenig Hoffnung auf eine baldige Veränderung der Lage in diesem Raum hatte. Doch die Ereignisse der letzten Monate haben mich eines Besseren belehrt. Der Funke des Aufstands in Tunesien griff schnell auf andere Länder des Nahen Ostens über und verbreitete sich in ihnen wie Strohfeuer.

In all diesen Ländern sind die Strukturen der Gesellschaft zwar unterschiedlich, doch alle haben eines gemeinsam: Sie alle werden von Militärs regiert, in ihnen wird seit mehr als dreißig Jahren mit Notstandsgesetzen regiert und alle haben große Arbeitslosenzahlen, besonders auch die junge Generation betreffend. Ihre Volkswirtschaften leiden alle unter Korruption und Vetterwirtschaft - in all diesen Ländern kann jemand oft nur eine Anstellung bekommen und etwas werden, wenn er Vitamin B (wie Beziehung) hat. Tausende und abertausende von Akademi-

kern und Fachleuten bekommen keine Arbeit, während Begünstigte und Systemnahe sich ein gutes Leben leisten konnten. Also die Völker werden nach Strich und Faden bestohlen und oben drein verdummt.

Betrachten wir z. B die soziale Situation in Ägypten, so fällt auf, dass eine große Anzahl von Menschen unter der Armutsgrenze lebt. Ich habe mit eigenen Augen Menschen gesehen, die auf dem Friedhof leben, weil sie kein Dach über dem Kopf haben. Überall in den Städten trifft man oft bettelnde hoffnungslose Kinder auf der Straße. Und das, obwohl Ägypten ein reiches Land ist. Allein die Einnahmen aus dem Suezkanal würden, Studien zufolge, ausreichen, um jedem Ägypter mindestens einen Euro pro Tag zur Verfügung zu stellen (3,6 Milliarden € im Jahre 2007, für ein € bekam man vor dem Aufstand etwa 7,5 LE). Beziehen wir die anderen Zweige, wie den Tourismus, die Landwirtschaft, die Erdöl- und Stahlindustrie in die Betrachtung ein, so erkennen wir, wie sehr die Menschen von dem ausgeschlossen wurden. Viele Menschen müssen von 150 Pfund, etwa 20 €, pro Monat leben.

In all diesen Ländern regieren die Machthaber ähnlich absoluten Monarchen, den Bürgern wird ein Personenkult aufgezwungen, die Wahlen werden gefälscht und Oppositionelle eingekerkert.

Die Despoten und ihre Apologeten vertreten offen die Meinung, dass die westliche Demokratie für die arabischen Völker nicht geeignet sei, beziehungsweise seien die Völker für eine solche Demokratie nicht reif.

Nun sei mir gestattet, einige Fakten des Aufstandes in Ägypten zu betrachten oder hervorzuheben.

- Dieser Aufstand entstand spontan. Er versetzte alle in Erstaunen, zumal keine politisch etablierte Kraft federführend war.
- Er wird in erster Linie durch junge Menschen getragen und durchgeführt.
- Die Erhebung hat vor allem soziale und ökonomische Ursachen und verfolgt in erster Linie das Ziel, demokratische Verhältnisse herzustellen und die Lebenslage der Bevölkerung zu verbessern. Nationalistische oder religiöse Zielstellungen wurden bisher nicht ge-

Presseinformation der Bürgerinitiative für den Erhalt der S-Bahn-Linie S 1 in Leipzig

Am 16. Februar 2011 beschloss der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) die zeitweilige Stilllegung der Linie S1 im Zeitraum von Juni 2011 bis Dezember 2013. Dieser Beschluss erfolgte gegen die Stimmen der Stadtverwaltung Leipzig und vor allem gegen den erklärten Willen von 12.000 Bürgern, welche mit ihren Unterschriften gegen die Stilllegung protestiert haben. Insbesondere sind es die Grünauer, jedoch nicht nur sie, welche die einschneidende Beeinträchtigung ihrer Mobilität hinnehmen müssen.

Die Hauptverantwortung für diese zu Lasten der Bürger unverständlichen Einschnitte in ein gut funktionierendes System des ÖPNV trägt die Sächsische Landesregierung.

Sie zwingt mit unangemessenen finanziellen Einsparungen die Kommunen zu solchen, für die Bürger kaum nachvollziehbaren Entscheidungen. Sie verwendet mehr

als alle anderen Bundesländer finanzielle Mittel nicht zur Sicherstellung des öffentlichen Nahverkehrs bzw. zweckentfremdet. Sie wird mit Maßnahmen gegen den öffentlichen Nahverkehr ihrer Verantwortung für eine umweltfreundliche Politik nicht gerecht. Diese Entscheidung über die Köpfe der Bürger hinweg - das machten unzählige Gespräche deutlich - beeinträchtigt das Vertrauen der Menschen in unsere demokratische Grundordnung und nährt Unzufriedenheit.

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative versucht weiterhin, vielleicht in „letzter Minute“, eine Korrektur des Beschlusses zur Stilllegung der S 1 zu erreichen. Dafür werden wir weiter aktiv sein. Wir erwarten von der Sächsischen Landesregierung, sich den Fragen der Bürger vor Ort zu stellen. Sollte diese verkehrspolitische Fehlentscheidung jedoch unumkehrbar sein, wird die BI alle Maßnahmen einfordern und kontrollieren, welche als „Ausgleich“ für die Einschränkungen dem ZVNL auferlegt sind. Dazu zählt die dichtere Wagenfolge der

Straßenbahnen nach Grünau bis hin zu Maßnahmen gegen die drohende Vermüllung der zumindest für mehr als zwei Jahren „toten Gleisanlagen und Haltepunkten“ in Grünau.

Für weitere Informationen stehen die unterzeichnenden Sprecher der BI gern zur Verfügung. Wir sind erreichbar über Quartiersmanagement Grünau, Stuttgarter Allee 21 oder über Mail: wkb@dietmar-pellmann.de, Tel. 2318440

Andreas Halle, Martin Malzahn, Klaus Wagner

Girl`s Day 2011

Unter dem Slogan „Es ist auch deine Stadt - Werde Politikerin!“ beteiligen sich alle Büros der MdL und MdB am Girl`s Day 2011. Los geht's am 14. April um 9:00 Uhr in den Büros. Dort erhalten die Mädchen einen Einblick in die Wahlkreisarbeit der Abgeordneten. Ab 11:30 Uhr „stürmen“ wir das Rathaus. Es geht hochhinaus. Wir werden vom Rathhausturm einen herrlichen Überblick über das Stadtgebiet erhalten - vielleicht seht ihr ja euer Zuhause.

fordert.

- Die Führung der Erhebung ist aus der Aktion heraus entstanden. Obwohl es genug Trittbrettfahrer gibt, die den Aufstand für ihre Interessen missbrauchen möchten, mussten politische Parteien anerkennen, dass diese Revolution durch die Jugend zustande kam.

- Wenn auch die Führung der Streitkräfte bisher bemüht war zu demonstrieren, dass sie niemals gegen das Volk vorgehen würde, und sich als Übergangsorgan zur Herstellung demokratischer Verhältnisse deklariert, so stellen weiterhin Mubarak ergebene Personen die Regierung, erwartungsgemäß ist deren blockierende Haltung, denn die Peiniger des Volkes werden nicht einfach die Macht aufgeben. Die Forderungen der Massen werden nur tröpfchenweise durchgesetzt und die Regierung hinkt dem Willen der Straße hinterher. Die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen erfüllen bei Weitem nicht die Erwartungen des ägyptischen Volkes und, dass einige Symbolfiguren des Regimes im Ergebnis der Proteste im Gefängnis oder Hausarrest sitzen oder Reiseverbot haben, ist viel zu wenig.

- Trotz aller Versuche, den Aufstand zu unterdrücken oder aufzuweichen, harren die DemonstrantInnen auf dem

Tahrir-Platz aus und schützen dort die Errungenschaften ihres Aufstands, denn sie wissen, dass sie wachsam bleiben müssen.

In Kairo besuchte ich Fawzi Habaschi, einen 86jährigen Kommunisten, auf dessen Bekanntschaft ich sehr stolz bin. Er verbrachte einen Großteil seines Lebens in den Gefängnissen der ägyptischen Diktatoren. In seinem Buch "Häftling aller Zeiten" (oder treffender übersetzt: Häftling bei allen Machthabern) schreibt er: „Ich lege den Stift beiseite und überlege: Zweifellos gibt es noch etwas anderes, das den Menschen von der Wiege bis zum Tod beschäftigt, etwas, das zu tun hat mit dem Glück der Anderen, das mich seit meiner Jugend dazu bewog, am politischen Kampf teilzunehmen ... und ich frage mich nach einem halben Jahrhundert, waren mein starkes Interesse an der und mein fester Glaube an die sozialistische Sache ein dramatischer Fehler?“ und ich finde die Antwort, herausquellen aus Tiefen meines Herzens ...: Nein und tausendmal nein, denn der Kapitalismus, der heute den Irak überfällt, ... wird nicht ewig dauern.“

Fawzi, der nach langen Kerkerjahren im Greisenalter glücklich im Kreise seiner

Familie lebt und der seine Freude über den Aufstand nicht mit Worten fassen kann, gibt den Glauben an den Sieg seines Volkes nicht auf, mahnt aber zur Vorsicht, denn die korrupten Anhänger des ehemaligen Regimes werden alles versuchen, um die Revolution zu ersticken, ähnlich den mordenden Kamelreiter, die am 28. Januar 2011 durch ihr Hauen und Stechen gegen die Massen versuchten, durch Verbreiten von Angst und Schrecken, die Demonstranten vom Tahrir-Platz zu verjagen.

Und noch eins: Die Ereignisse haben verdeutlicht, wie heuchlerisch und verlogen die Politik der USA und der NATO gegenüber den Völkern, aber auch ihren Peinigern ist. Wer hat die Despoten von Ben Ali bis König Abdullah von Saudi Arabien so stark gemacht und bis an die Zähne bewaffnet, so dass sie in der Lage sind, solche Verbrechen gegen die Völker zu begehen? Die Aufständischen im Nahen Osten kennen die Antwort, libysche und jemenitische Oppositionelle haben jüngst unmissverständlich betont, dass sie allein mit ihren Peinigern fertig werden und keine (militärische) Hilfe von außen brauchen.

Hassan Zeinel Abidine

Danach erfolgt ein Rundgang durch das Haus und anschließend diskutieren wir mit Stadträtinnen unserer Linksfraktion - Carola Lange, Birgit Mai und Margitta Hollick; Bürgermeisterin und mit einer Amtsleiterin über das Berufsfeld Politik. Anmelden könnt ihr euch über die folgende Seite: www.girls-day.de

Carola Lange

Sozialpolitischer Stammtisch

Am 21. Februar 2011 trafen sich im Liebknecht-Haus nicht nur Mitstreiter von Links. hilft, sondern erfreulicherweise auch Interessierte außerhalb und innerhalb der Partei zum ersten sozialpolitischen Stammtisch. Zukünftig wird sich dieser monatlich mit wechselnden Themen aus dem Bereich der Sozialpolitik in Bund, Land und Kommune beschäftigen und bei Bedarf themenbezogen Gäste einladen.

Der nächste Stammtisch findet am 11. April 2011 um 18:00 Uhr im Liebknecht-Haus statt und wird sich mit den aktuellen Hartz-IV Änderungen und der Frage be-

schäftigen, was man(n) und Frau dagegen tun können und sollten.

Zukünftig wird sich der Stammtisch immer am 2. Montag um 18:00 Uhr im Liebknecht-Haus treffen.

Steffen Klötzer

Arbeitsprogramm der AG LISA

Thematische Schwerpunkte:

Unter linksfeministischen Gesichtspunkten verfolgen wir vor allem Prozesse und Probleme der Schwerpunkte

- Krieg und Frieden,
- Leipziger Frauen, Soziales, Kommunalpolitik und
- internationale Frauenthematiken.

Konkret heißt das zur Zeit, dass wir:

- rund um den 8. März zum Internationalen Frauentag Veranstaltungen durchführen,
- am 14. April mit der Fraktion bzw. dem LinXXnet am Girl's Day mitwirken,
- im Laufe des Jahres Gespräche in den Basisorganisationen u. a. zur aktuellen LISA-Broschüre der Partei Die Linke „Was

heißt hier Familienpolitik? Feministisch-linker Debatte aus Ost und West“ teilnehmen,

- am 9.11. die von LISA gespendeten Stolpersteine in Leipzig pflegen und
- am 25.11. die Fahne zum Internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ am Liebknecht Haus hissen und ein thematisches Frauenfrühstück organisieren.

Folgende Aufgabenbereiche werden u. a. durch die LISA's wahrgenommen:

- Konzept und Organisieren des Literaturcafe „Unterm Dach“, gemeinsam mit Schreibenden der Freitagswerkstatt/ Verein DIALOG e. V. Da trifft sich ein offener Gesprächskreis zu kulturellen Fragen, da kann ein Schreibversuch das erste Mal gelesen werden...,
- Mitarbeit in der Landes- und BundesLISA
- Mitarbeit im Gleichstellungsbeirat der Stadt Leipzig
- Zusammenarbeit mit der AG Frauenprojekte und dem Runden Tisch gegen Gewalt

Ines Mehner

Haushaltsdebatte 2011 * Haushaltsdebatte 2011 * Haushaltsdebatte 2011 *

Lippenbekenntnisse retten kein Museum

Die Fraktionen der CDU, SPD, Grüne und FDP sowie häufig auch die Gliederungen ihrer Parteien haben sich in den letzten Monaten wiederholt öffentlich zum Naturkundemuseum bekannt. Offensichtlich waren das aber nur Scheingefechte, denn der Antrag der Fraktion DIE LINKE, die Haushaltsmittel in gleicher Höhe wie 2010 einzustellen, wurde kalt abgelehnt. Da war man sich wieder mal einig bei CDU, SPD und den Grünen! Im Haushalt 2011 ist jetzt nur Geld bis April eingestellt, also für vier Monate. Das Museum soll aber ganzjährig betrieben werden – soviel zum Vorwurf an DIE LINKE, unseriöse Politik zu betreiben! Sicher gibt es ab und zu kleine Wunder, aber die Existenz des Naturkundemuseums davon abhängig zu machen, ist fahrlässig.

Wenn das Museum seinen Betrieb einstellen muss, haben diese Fraktionen ihren Anteil daran, und was noch schlimmer ist - die Bürgerinnen und Bürger wurden getäuscht. Ja, so wird Politikverdrossenheit leider gestärkt.

Mandy Gehrt, Marco Götze, Margitta Hollick

Peinlich - CDU, SPD, Grüne, Bürgerfraktion und FDP haben kein Herz für die Sportvereine, die städtisches Eigentum pflegen

Einzig die Fraktion „DIE LINKE“ und die Mitglieder des Sportausschusses (außer FDP) stimmten für die Erhöhung der Investitionen in Sportpachtanlagen auf 300.000 Euro. Auch das ist noch zu wenig Geld, weil sich der Freistaat aus der Finanzierung zurückgezogen hat. Es ist aber dringend notwendig, um z. B. Rasenplätze und Sanitäranlagen zu sanieren oder schlichtweg zu erhalten. 150.000 Euro war die Stadtverwaltung nur bereit einzustellen. Davon können höchstens vier Maßnahmen bei 190 Pachtvereinen beendet oder neu begonnen werden! Seit Jahren erhalten und pflegen diese Vereine mit hohem ehrenamtlichen Einsatz städtisches Eigentum. Es wird zu Kenntnis genommen, danke gesagt, aber es findet nicht die notwendige Anerkennung beim Oberbürgermeister und den anderen 5 Fraktionen. Peinlich, wenn man bedenkt, das die Christdemokraten und Grünen einen Antrag der FDP auf 250.000 Euro für externe Gutachter zu

einer Verwaltungsreform zustimmte. Da muss man sich doch fragen, welche Prioritäten setzen diese Fraktionen? Und: Man glaubt es kaum - Oberbürgermeister und Finanzbeigeordneter finden dafür schnell eine Deckungsquelle. Für den Sport zeigten beide nicht den Einsatz wie für externe Unternehmensberater.

Es war kein guter Tag für den Leipziger Sport, Herr Oberbürgermeister, und Sie tragen dafür die Verantwortung.

Margitta Hollick
sportpolitische Sprecherin

Was kann man mit 250.000 Euro machen?

Bei der Beschlussfassung zum Haushalt stimmten CDU, Grüne und Bürgerfraktion dem Antrag der FDP zu, 250.000 Euro für externe Gutachter bereitzustellen, um eine Verwaltungsreform zu unterstützen. Verwaltungsreform, ein weiter Begriff. Doppik, Neues Kommunales Finanzsystem, zentrales Gebäudemanagement sind alles Teile dieser Reform, und hier hat die Verwaltung bereits weit mehr als 1 Mio. Euro ausgegeben. Dazu kommen jetzt noch mal 250.000 Euro auf Wunsch dieser vier Fraktionen. Es ist Geld, das der allgemeinen Rücklage entzogen wurde, Geld, das eben diese Fraktionen nicht bereit waren, den Vereinen und Verbänden der Jugendhilfe oder den Sportvereinen zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion DIE LINKE hatte den Antrag gestellt, den Jugendetat um nochmals 50.000 Euro zu erhöhen, die Mitglieder des Sportausschusses wollten 150.000 Euro mehr für den Erhalt der Sportplätze und Hallen. Abgeschmettert! Da nützen auch solche Beteuerungen wie, wir müssen Kompromisse schließen nichts. An diesem Verhalten sieht man die Lobbyarbeit.

Carola Lange, Juliane Nagel

Lösung für das Soziokulturelle Zentrum „Die Villa“ gelungen

Noch im September vergangenen Jahres saß der Fachausschuss Kultur in der Villa zusammen und grübelte, wie es gelingen könnte, das Soziokulturelle Zentrum zu retten. Anlass war die Ankündigung des Jugendamtes, die Basisförderung von 60.000 Euro einzustellen. Die Nachricht kam zur Unzeit, denn soeben hatte der Verein, der die Villa betreibt, das Gebäude nach jahrelangem Bemühen erworben und sich so seine Unabhängigkeit von einem Vermieter gesichert.

Hinter den Kulissen wurde eifrig verhandelt. Das Kulturamt allein konnte sich jedoch verwaltungsintern nicht durchsetzen, die Förderung in seinen Bereich zu übernehmen. Die Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/GRÜNE sowie die Stadträte Heymann, Deissler und Weber hatten diesbezüglich Anträge gestellt. Unterdessen unterbreitete das Jugendamt den Kompromiss, zumindest 2011 15.000 Euro zu übernehmen.

Jetzt liegt der Stadtratsbeschluss vor, der sicher stellt, dass das Zentrum mit zusätzlichen 45.000 Euro aus dem Kulturretat unterstützt wird. Die Summe soll auf den Fördertopf „Freie Szene“ aufgesattelt werden, da sonst Gefahr bestünde, dass bei anderen Kulturakteuren gekürzt werden müsse. Die Fraktion DIE LINKE begrüßt diesen Beschluss, der im Einvernehmen mit der Initiative Leipzig plus Kultur auch zu mehr Transparenz in der Förderpolitik führt, denn längst nimmt „Die Villa“ kulturelle Aufgaben wahr und ist keineswegs auf Angebote der Jugendhilfe zu reduzieren. Vor allem als Zentrum bildungskultureller Angebote für alle Generationen ist der Verein für den Stadtteil Mitte, der sonst von der Hochkultur dominiert wird, unverzichtbar.

Dr. Skadi Jennicke

Bürgerforum
zu den Verkehrsproblemen im Waldstraßenviertel am **31. März, 18:00 Uhr** in der Aula der Lessing-Grundschule, Lessingstraße 27

Für die schnelle, unaufschiebbare Beratung:
Hartz IV
Notruftelefon
01578 – 352 20 14
Mo. bis Sa.
8:00 bis 20:00 Uhr

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

1. Freitag, 15:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

AG Lisa

1. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

dienstags, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 5.015, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Do., 17. März 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 16.

Do., 17. März 2011 - 18:00 Uhr

Buchlesung: „Er war doch nur ein neunjähriger Junge: Hans Richard Levy“ mit dem Autor Torsten Schleip, Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll und MdL Dr. Monika Runge, Gorkistraße 120.

Do., 17. März 2011 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung: „Marginalien zur Leipziger Universitätsgeschichte“ und „Festschrift Hans Bohrmann“ mit Dr. Matthias John, RLS.

Do., 17. März 2011 - 18:30 Uhr

ROSA L in Grünau mit Dr. Erhard Crome, Politikwissenschaftler, Berlin: Sozialismus und Kommunismus in der Debatte, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Do., 17. März 2011 - 20:00 Uhr

Buchvorstellung: „Staudamm oder Leben!“ Indien: Der Widerstand an der Narmada. Mit der Autorin Ulrike Bürger, Weltladen Connewitz, Bornaische Straße 18.

Fr., 18. März 2011 - 19:00 Uhr

Buchlesung: „Auch dem Papst half ich mal aus der Klemme“ mit dem Autor Klaus Huhn, LHL.

Fr., 18. März 2011 - 19:00 Uhr

Buchvorstellung: „Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung“, Mit den Autoren Helge Buttkereit, Dr. Muruchi Poma und Dr. Peter Gärtner, RLS.

Fr., 18. März 2011 - 20:00 Uhr

Buchvorstellung: „Königin im Dreck – Texte zur Zeit.“ Von Ronald M. Schernikau, linxxnet.

Sa., 19. März 2011 - 10:30 Uhr

Buchbesprechung: „Arbeitende Klasse in der BRD, Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter“ mit Prof. Ekkehard Lieberam, LHL.

Sa., 19. März 2011 11:30 Uhr

Buchbesprechung: „Wirtschaftswunder im Osten? Dokumente contra Propaganda“ mit dem Autor Klaus Blessing, LHL.

Sa., 19. März 2011 - 16:00 Uhr

Buchvorstellung: „Johann Knief – Ein unvollendetes Leben“ Mit dem Autor Gerhard Engel, RLS.

Sa., 19. März 2011 - 18:00 Uhr

Buchlesung: „Ankunft in der Freiheit“ mit dem Autor Peter Michel, LHL.

Sa., 19. März 2011 - 19:00 Uhr

Buchvorstellung: „Randgruppenmitglied“ mit dem Autor Frédéric Valin, linxxnet

So., 20. März 2011 - 10:00 Uhr

Lesung und Gespräch: „Abenteuer DDR – Kubaner im deutschen Sozialismus“, mit den AutorInnen: Wolf-Dieter Vogel und Verona Wunderlich, RLS.

Mo., 21. März 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 29. März 2011 - 11:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdB Dr. Barbara Höll, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46.

Di., 29. März 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Fraktionsvorsitzenden, Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 186.

Di., 29. März 2011 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: „Die Antike als eine Quelle der europäischen Kultur“ mit Prof.

Dr. Klaus-Dieter Eichler, Moderation: Prof. Dr. Horst Pickert, RLS.

Mi., 30. März 2011

Vortrag und Diskussion: „Mittwochs-Attacke: Von der Finanzkrise zur Euro-Krise – steht Euro-Land vor der Pleite?“ mit MdB Dr. Axel Troost, Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Straße 50.

Do., 31. März 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16.

Mo., 4. April 2011 - 18:00 Uhr

Bürgerforum: „Schwarz-Gelbe Koalition in Sachsen – Vorhaben und Ergebnisse. LINKE Alternativen!“ mit MdL Dr. Monika Runge, Restaurant Stottmeister, Kohlweg 45.

Di., 5. April 2011 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum Leipzig: Buchbesprechung „Juden in der DDR“ mit dem Autor Prof. Detlef Joseph, LHL.

Mi., 6. April 2011 - 18:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgertreff Volkmarisdorf, Konradstr. 60a.

Do., 7. April 2011 - 9:00 Uhr

Beratung AG Senioren: „Zur Stadtentwicklung – Ist Leipzig eine seniorenfreundliche Stadt?“ mit Stadtrat Siegfried Schlegel, LHL.

Do., 7. April 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL MdL Cornelia Falken, Bürgerbüro, Coppistraße 63.

Sa., 9. April 2011 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Der Eintritt ist frei. Es wird folgender Film gezeigt: „Der neunte Tag“, LHL.

Leipzig zahlt Hartz IV Empfängern zu wenig Miete

Empfängern von Hartz IV, Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter wird in Leipzig noch immer weniger Geld für Miete und Heizung zugestanden als z. B. im Leipziger Land. Die Leipziger Angemessenheitsgrenzen stammen aus dem Jahr 2005. Hiermit gaben sich verständlicherweise Leipziger Betroffene nicht zufrieden und beschritten den Weg zum Sozialgericht. Hier konnten JobCenter und Stadt nicht nachweisen, wie sie ihre „angemessenen“ Beträge ermittelt haben. Deshalb entschied das Sozialgericht mehrfach, dass statt der von der Stadt Leipzig festgesetzten Mietobergrenzen die Berechnungsgrundlagen für Wohngeld anzuwenden sind.

Was heißt das konkret?

Für einen 1-Personen-Haushalt sind z. B. 330 € Bruttokaltmiete plus Heizkosten anzusetzen und nicht, wie vom JobCenter vorgesehenen 279 € inklusive Heizkosten. Einem 2-Personen-Haushalt stehen z. B. 402 € zzgl. Heizkosten statt 372 € inkl. Heizkosten zu, usw.

Was kann getan werden?

Für alle Betroffenen, deren Mietunterstützung vom JobCenter geringer ist als die tatsächliche Miete lohnt es, sich mit diesem Thema etwas genauer zu befassen.

Gegen noch nicht rechtskräftige Bescheide kann Widerspruch eingelegt werden.

Auch bei bereits rechtskräftigen Bescheiden kann noch bis zum 31. März 2011 ein sogenannter Überprüfungsantrag für Zeiträume ab 2006 gestellt werden.

Ab dem 1. April 2011 ist eine solche rückwirkende Überprüfung nur noch für das Jahr 2010 möglich.

Das Team von Links hilft wird auf der Internetseite des Stadtverbandes und in den Abgeordnetenbüros entsprechende Formulare zur Verfügung stellen und bei Bedarf selbstverständlich zur Beratung den Betroffenen zur Verfügung stehen.

Frank Elian, Steffen Klötzer und das Team von LINKS. hilft

MdEP Dr. Cornelia Ernst zu Ungarns Ratspräsidentschaft

Was bedeutet es, den Vorsitz im Rat der Europäischen Union, kurz die Ratspräsidentschaft inne zu haben?

Mit dem Vorsitz des Rates werden die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten repräsentiert. Der Vorsitz vertritt den Rat nach außen, organisiert die Tagungen der EU-Ratsmitglieder und hat ein eigenes Programm, welches in der jeweiligen Ratspräsidentschaft europaweit umgesetzt werden muss. Jede Ratspräsidentschaft hat eigene Prämissen, die mit den anderen "26" abgestimmt werden. Diese münden in konkrete Gesetze, Verordnungen und Strategien. Insofern hat die jeweilige Ratspräsidentschaft, die alle halbe Jahre wechselt, großen Einfluss darauf, welche Aufgaben zu welchem Zeitpunkt auf EU-Ebene angefasst und umgesetzt werden.

Seit 1. Januar 2011 führt nun Ungarn die Ratspräsidentschaft aus. Wie hat sich das Land eingeführt?

Nicht das Land, sondern sein Repräsentant Victor Orban hatte einen denkbar schlechten Auftritt zur Eröffnung der Ratspräsidentschaft. Aus vielen Europafraktionen kam scharfe Kritik, weil Ungarn ein Mediengesetz verabschiedet hat, das die Pressefreiheit verhöhnt und in Ungarn abschafft. Da muss die Kommission auch nicht wirklich lange prüfen, ob auch EU-Recht gebrochen wird. Selbstverständlich ist

das so. Mit dem Argument der "Ausgewogenheit", die von einer zentralen regierungsgleichgeschalteten Behörde überwacht werden soll, wird unliebsamen Medienanstalten der Maulkorb verpasst, Selbstzensur befördert. Mit der Aufhebung der faktischen Medienfreiheit in Ungarn ist auch eine Welle von 10.000 Entlassungen Intellektueller verbunden, die ohne Begründung gekündigt und aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurden. Das Orban-Regime, das mit einer Zweidrittelmehrheit der FIDESZ-Partei regiert, hat in Ungarn einen rechtskonservativen, nationalistischen Kurs eingeschlagen. Zusammen mit der profaschistischen Jobbik-Partei, die für ihren offenen Roma-Hass bekannt ist, soll die Gesellschaft "umgekrempelt" werden.

Welche weiteren politischen Konsequenzen ergeben sich aus Ungarns Ratspräsidentschaft?

Dass mit Victor Orban ein Rechtspopulist an der Spitze der EU steht, der seine Regierung im Bunde mit einer rechtsextremen Partei führt, ist wirklich unerträglich. Hinzu kommt, dass die ungarische Regierung versucht, diese Ratspräsidentschaft für ihre parteipolitischen Ziele zu nutzen, um Ungarn als unbefleckte Demokratie hochleben zu lassen. So sind die ungarischen Minister bestens gebrieft und treten im Europaparlament mit honigsüßer Stimme

auf. Messen muss man die ungarische Ratspräsidentschaft aber an ihren Ergebnissen - Donaustrategie, Energiekonzept, und - was nicht gerade beruhigt - Romastrategie. Vor allem letzteres wird stark im Focus stehen, da der Druck des Parlamentes, endlich zu konkretem Handeln zu kommen, riesengroß ist.

Was wünschst Du Dir für die Zukunft?

Mehr Ehrlichkeit und Konsequenz im Umgang mit EU-Mitgliedsstaaten, welche die EU für nationalistische Zwecke missbrauchen und damit ihre antidemokratische Politik rechtfertigen. Nur so kann die EU an Vertrauen gewinnen.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Fon: 0341/14 06 44 11
Fax: 0341/14 06 44 18
web: www.dielinke-leipzig.de
email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 25 50 42 22
BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Christine Halle
Andreas Kermer
Dr. Christina Mertha
Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich.
Redaktionsschluss für die Nummer 4/2011 ist
Donnerstag, 7. April 2011. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.